

DAS KOOPERATIVE IMPERIUM. POLITISCHE UND
GESELLSCHAFTLICHE ZUSAMMENARBEIT IM
HERRSCHAFTSSYSTEM DER HABSBURGERMONARCHIE

Die Jahrestagung 2016 des Collegium Carolinum vom 10. bis 13. November 2016 markierte zugleich dessen 60. Jubiläum. Im Ehrensaal des Deutschen Museums gab Pieter Judson (Florenz) mit einem Festvortrag den Auftakt und den Denkraum für die Tagung vor, der Fragen der Kooperation im Habsburgerreich gewidmet war.¹ Sein Blick auf die Entwicklung des Forschungsfeldes offenbarte die erstaunliche Beharrlichkeit einer Vorstellung von Habsburg als grundsätzlich schwachem, halb-feudalem Staat, der durch die Konflikte moderner Nationalismen zerrissen wurde. Diesem Bild stellte Judson die Vielfalt neuerer Untersuchungen entgegen, die das Habsburgerreich als Laboratorium der Moderne zeichnen, das bis zuletzt eine beeindruckende Flexibilität und Persistenz bewies. Allerdings setzen sich die neuen Erkenntnisse außerhalb von Spezialistenkreisen nur sehr langsam durch. Judson

¹ Der Text von Judsons Vortrag ist in dieser „Bohemia“ 57 (2017) H.1, 3-11 abgedruckt.

erklärte diese Schwerfälligkeit unter anderem mit der Fixierung auf Nationalitätenfragen: Die methodisch neueren Studien stünden in einer „unkomfortablen Nachbarschaft“ zu den alten Masternarrativen wie dem Nationalismusparadigma, ohne dass es zu ernsthaften Annäherungsversuchen komme. Dieser Schritt lasse sich, so Jana Osterkamp (München) im Eröffnungsstatement, unter anderem über das Konzept der Kooperation im Imperium tun. Man müsse sich vom lange Zeit dominierenden Bild eines Kooperation hemmenden radialen Herrschaftssystems lösen und den Blick auf die komplexen, nebeneinander bestehenden Modi politischer Steuerung im Mehrebenensystem des Habsburgerreichs richten.

Das erste Panel fragte in diesem Sinne nach kooperativen Momenten zwischen Interessengruppen, Zivilgesellschaft und staatlichen Institutionen. Am Beispiel des Wiener Reichsrats zeigte Franz Adlgasser (Wien) auf, wie staatlich sanktionierte Verbände von Beginn an direkt und indirekt in den parlamentarischen Prozess eingebunden waren. Funktionäre von Landwirtschafts- und Industriellenverbänden agierten als Parlamentarier in einer verbindenden Doppelrolle, die einen Interessenausgleich über Kooperation statt über Konfrontation ermöglichte. Bis auf wenige Ausnahmen verlief die Zusammenarbeit dabei innerhalb der eigenen Partei- und ethnischen Grenzen.

Anders gelagert war die Situation für die komplexe Aufgabe des Eisenbahnbaus in der ungarischen Reichshälfte, die von Judit Pál und Vlad Popovici (Cluj) vorgestellt wurde. Die großen Kapitalanforderungen des Netzausbaus konnten nicht vom Staat alleine getragen werden und machten die Kooperation mit privaten Akteuren wie Banken und Aktiengesellschaften notwendig. Akteure auf der unteren und mittleren Ebene konnten somit durch Kooperation beziehungsweise Kooperationsverweigerung über den Erfolg reichsrelevanter Infrastrukturmaßnahmen entscheiden. Im Fall des multiethnischen Siebenbürgen kam ethnische Konkurrenz als Faktor hinzu. In dieser komplexen Gemengelage wurde deutlich, wie wichtig exponierte Personen waren, die eine Zusammenarbeit der unterschiedlichen Interessengruppen – auch über ethnische Grenzen hinweg – zu ermöglichen wussten. Beide Beiträge zeigten die Bedeutung von Schlüsselfiguren in vertikalen und horizontalen Kooperationsprozessen auf und führten zu einer Diskussion darüber, was erfolgreiche Netzwerker auszeichne.

Das zweite Panel nahm das Militär und den Adel als bedeutende Stützen des Staates in den Blick und fragte nach dem Verhältnis von Privilegien und Kooperation. Obwohl das Habsburger Militär unter der Leitung von Erzherzog Albrecht modernisiert und zentralisiert wurde, stellte Serhiy Cholyi (Kiew) das Weiterbestehen zahlreicher lokaler Privilegien fest. Sonderrechte wie das Tragen spezieller Uniformen oder die Verwendung lokaler Dienst- beziehungsweise Regimentssprachen waren Ergebnisse von Aushandlungsprozessen, die die Zusammenarbeit lokaler militärischer Strukturen mit dem Reich sichern sollten. Zugleich aber gaben sie lokalen Kohäsionskräften Auftrieb und unterwanderten somit die Intentionen des Zentrums.

Auch die Vergabe von Adelstiteln, so Jan Županič (Prag), folgte einer ähnlichen Logik. Ziel sei es gewesen, eine transnationale, überregionale und prohabsburgische gesellschaftliche Elite zu bilden, die zum Vorteil des Reiches auf der regionalen

Ebene tätig sein sollte. Die Wege zur Nobilitierung waren vielfältig. Das meiste politische und gesellschaftliche Kapital versprach die Nobilitierung allerdings Bankiers und Industriellen, die ihren Anspruch auf einen Titel über großzügige karitative Spenden zu postulieren versuchten. Die ausufernde Nobilitierungspolitik traf um die Jahrhundertwende auf öffentliche Kritik, die den neuen Adel zunehmend isolierte und als Kooperationspartner weniger attraktiv machte.

Das dritte Panel wurde mit einem Einblick in den Maschinenraum oder vielmehr die Reparaturwerkstatt der Reichsverwaltung eröffnet. Ausgehend von gescheiterter oder als defizitär erlebter Kooperation untersuchte Peter Becker (Wien) die 1912 durchgeführte Enquete zur Förderung der Verwaltungsreform. Dabei hob er die Bedeutung nicht-staatlicher Akteure für das Funktionieren der staatlichen Verwaltung hervor. Beiräte auf unterschiedlichen Ebenen der Verwaltung, aber auch Handels- und Gewerbekammern stellten der Verwaltung notwendiges fachliches und lokales Wissen bereit. Diese Kooperation wurde von den Experten allerdings als problembehaftet wahrgenommen, denn ihre Handlungsrationalität schien vielfach mit der der Bürokraten unvereinbar zu sein. Zugleich plädierte Becker dafür, die Experten nicht als bloße Beiträger, sondern als Teile unterschiedlicher Netzwerke zu verstehen, die zwar außerhalb der Entscheidungsprozesse der Verwaltung standen, doch über ihre Kooperation Einfluss auf die normativen Grundlagen der Verwaltung nehmen konnten.

Martin Klečackýs (Prag) Beitrag zum Tschechischen Landsmannminister erweiterte die Überlegungen zu Schnittstellen interessierter Kreise mit der Reichspolitik um eine spezifisch nationale Komponente. So wurde das Amt des Landsmannministers erfolgreich zur Durchsetzung nationaler Teilinteressen genutzt. Diese Doppelrolle als Staatsdiener und Vertreter nationaler Interessen wurde dadurch veranschaulicht, dass der Landsmannminister neben einem Register für reguläre Akten auch ein geheimes Register für Unterlagen tschechischer Verbände führte. Eine derartige Interpretation des Amtes hing vom personellen Faktor ab, womit sich erneut die große Bedeutung des Biografischen zeigte. Allerdings kam in der Diskussion der Einwand auf, dass für eine so starke Asymmetrie wie den Fall des Lobbyings der Begriff der Kooperation möglicherweise gar nicht angebracht sein könnte.

Die zweite Hälfte des Panels griff die Frage nach den nicht-staatlichen Trägern der Verwaltungslast erneut auf. Der häufigen Annahme, das Fehlen einer großen Linie in der Wirtschaftspolitik hätte zur nationalen Desintegration geführt, stellte Uwe Müller (Leipzig) die Aktivitäten des Industrierats in Cisleithanien entgegen. Dieser sei von Beginn an auch Instrument der Wirtschafts- und Nationalitätenpolitik gewesen und habe die gezielte Förderung verschiedener Teile Cisleithaniens in Umgehung des formalen Kooperationsverbotes zwischen den Kronländern ermöglicht. Zugleich rückte der Beitrag aber auch den Aspekt der Konkurrenz in den Vordergrund, der bei kooperativen Maßnahmen stets mitgedacht werden sollte. So zeigte sich, dass bei gesamtimperialen Fragen regionale Interessen von großer Bedeutung waren und häufig über wirtschaftsnationalistische Diskurse vermittelt wurden. Die Untersuchung des Industrierats hilft somit, die Entwicklung von Industrie, Infrastruktur und regionalen Hierarchien im Reich jenseits der vermeintlich visionslosen Staatsverwaltung zu erklären.

Ségolène Plyer (Strasbourg) plädierte in ihrem Beitrag dafür, bei der Untersuchung von Kooperation über die Reichsgrenzen hinweg zu blicken und nach internationalen Verbindungen zu suchen. Ihre Studie zu Ostböhmen demonstrierte, dass das Gebiet bereits in die erste Phase der Globalisierung integriert war, und fragte danach, wie sich dies in den lokalen politischen Verhältnissen niederschlug. Obwohl es in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts zu einer zunehmenden Politisierung kam, kooperierten lokale gesellschaftliche Gruppen und Behörden weiterhin erfolgreich miteinander. Dieser pragmatische „österreichische Stil“ der Beziehungen zur Außenwelt ermöglichte den österreichischen Bürgern einen mit geringem Risiko behafteten Zugang zur Globalisierung. In der Diskussion wurde allerdings angemerkt, dass dieser Zugang auch unerwartete Rückkoppelungseffekte haben konnte. So konnten tschechische Migranten in den USA ein stärkeres nationales Bewusstsein entwickeln und rückimportieren. Es sei daher danach zu fragen, inwieweit die Kooperation hier stabilisierend oder auf lange Sicht destabilisierend wirkte.

Das vierte Panel wandte sich der Kooperation auf lokaler Ebene in Schulwesen und Statistik zu. John Swanson (Chattanooga) hinterfragte das übliche Bild der Magyarisierungspolitik als eines reinen top-down Prozesses anhand ihrer Implementierung ins Schulwesen deutschsprachiger Gemeinden. Zwar seien die Standardisierungs- und Homogenisierungsbestrebungen des Staates nicht von der Hand zu weisen, die Reaktionen auf lokaler Ebene jedoch vielfältiger, als es das Master-narrativ der erzwungenen Magyarisierung suggerierte. Neben Ablehnung traf die neue Sprachenpolitik auch auf positive Reaktionen, da die ungarische Sprache deutschsprachigen Kindern neue Aufstiegschancen versprach. Die lokale Umsetzung der Sprachenpolitik führte zur Entwicklung neuer Identitätskonzepte, die nach einer neuen Selbstverortung deutschsprachiger Bewohner im Kontext Ungarns verlangte. Swanson warnte davor, hier den Begriff der Kooperation zu verwenden, und verwies vorsichtiger auf einen Diskussionsprozess, der vom gegenseitigen Geben und Nehmen gekennzeichnet, jedoch entscheidend für den Erfolg der neuen Sprachenpolitik war.

Peter Urbanitsch (Wien) ergänzte Swansons Perspektive um einen Blick auf das Schulwesen in der cisleithanischen Reichshälfte. Über die drei Ebenen der generellen Normen, der Institutionen und der Unterrichtssprache zeichnete er nach, wie die lokalen Ausprägungen des Schulwesens stets zwischen zentralistischen und partikularen Interessen verhandelt werden mussten, wobei sich letztere häufig durchsetzten. In dem komplexen Aushandlungsprozess waren neben der Zentralregierung, den Ländern und Nationalitäten auch Eltern- und Interessenverbände eingebunden, die sich erstaunlich häufig zu einem gemeinsamen Handeln zusammenzufinden wussten. Diese umfassende und erfolgreiche Einbindung interessierter Akteure konstituierte für Urbanitsch ein Element des „kooperativen Imperiums“.

Im darauffolgenden Beitrag zur statistischen Erfassung der Umgangssprache in Böhmen stand dagegen Kooperation in Abgrenzung zum Staat im Fokus. Pavel Kladiwa (Ostrava) zeigte, wie die Einführung der Kategorie der Umgangssprache im staatlichen Zensus 1880 als Reaktion die Durchführung privater Umfragen – quasi als Gegentexte zur offiziellen Erzählung – nach sich zog. Die Umsetzung eines eige-

nen nationalen Zensus erforderte nicht nur eine zivilgesellschaftliche Mobilisierung, sondern auch eine enge logistische Zusammenarbeit zwischen nationalen Verbänden und der lokalen und regionalen Ebene. Die Initiative hatte auch über Böhmen hinaus Strahlkraft. Das Vorgehen wurde in anderen Reichsteilen verfolgt und beispielsweise von Slowenen in Kärnten übernommen. Solche horizontalen Transfers von Praktiken im Umgang mit dem Zentralstaat fordern die These vom radialen Imperium heraus.

Das letzte Panel betrachtete die Beziehung unterschiedlicher religiöser Gruppen und Institutionen zum Staat. Jitka Jonová (Prag) zeigte auf, wie die katholische Kirche zunächst als Stütze eng mit dem Staat zusammenarbeitete und durch das Konkordat von 1855 auch weitreichenden Einfluss auf das Bildungswesen erwarb. Als die Erziehung loyaler Bürger zu einem staatlichen Bildungsziel wurde, geriet der religiöse Aspekt jedoch in den Hintergrund, was zu einem Einflussverlust der Kirche im Bildungswesen führte. Ihre Stellung entwickelte sich zunehmend von einer kooperativen zu einer untergeordneten. Den Rollenwandel des Katholizismus von einer supranationalen integrierenden Kraft im Habsburgerreich zu einem nationalisierten politischen Raum untersuchte Péter Techet (Mainz) in seiner Lokalstudie zum österreichischen Küstenland. Anhand der italienischsprachigen katholischen Presse zeigte er auf, dass die lokalen Selbstverständnisse und Loyalitätskonzepte der zunehmenden Politisierung und Nationalisierung des Katholizismus widerstanden. Das kooperative Staatsverständnis im Habsburgerreich ermöglichte es den italienischen Katholiken im österreichischen Küstenland, ihre nationale und religiöse Identität zu erleben, ohne sich in Opposition zum supranationalen Imperium zu positionieren.

Martina Niedhammer (München) analysierte in ihrem Beitrag, wie jüdische Gemeinden auf das verbreitete Phänomen jüdischer Wanderarmut reagierten. Um durchreisende Bettler zu versorgen, aber auch, um den Missbrauch von Hilfsleistungen zu verhindern, war sowohl nationale als auch internationale Kooperation notwendig. Kleine und grenznahe Gemeinden, die eine besonders hohe Last zu tragen hatten, sollten durch größere Gemeinden entlastet werden. Die koordinierten Maßnahmen verliefen weitestgehend zwischen den einzelnen jüdischen Gemeinden, ohne auf eine vertikale Zusammenarbeit mit dem Staat zurückzugreifen. Auf der Suche nach einer pragmatischen Lösung orientierte man sich dabei an der Deutschen Zentralstelle für jüdische Wanderarmenfürsorge. Derartige Transfers, also das gegenseitige Beobachten und Voneinander-Lernen, können in einem erweiterten Sinne ebenfalls als Kooperation verstanden werden und versprechen den Gegensatz zwischen Kooperation und Konkurrenz aufzulösen.

Deutlich wurde dies in Heiner Grunerts (München) Beitrag, der die Aushandlungsprozesse konkurrierender orthodoxer und muslimischer Eliten in Bosnien mit Wien untersuchte. Die Sonderstellung Bosniens im Habsburgerreich und die Partizipation aufgrund von Konfessionsstrukturen ermöglichte es lokalen Eliten, Druck auf die Zentralregierung auszuüben. Die Strategien hierfür wurden häufig bei der jeweils anderen konfessionellen Gruppe beobachtet und entliehen. Neben dieser Form von mittelbarer Kooperation, wurden auch situativ direkte interreligiöse Allianzen geschlossen, um Ansprüche gegenüber dem Zentrum zu stärken. Er-

gänzend zum Erklärungsmodell des „divide et impera“ führte Grunert die „verbinde und herrsche“-Strategie ein, die die lokalen Akteure im imperialen Setting nicht nur in ihrer vertikalen Beziehung zum Zentrum, sondern auch auf horizontaler Ebene betrachtet.

Im Schlusssstatement hob Peter Haslinger (Gießen/Marburg) hervor, dass die vielfältigen Konferenzbeiträge eindrucksvoll die Komplexität und Flexibilität von Kooperation im Imperium zeigten, die das Funktionieren des Habsburgerreiches bis 1914 sicherstellten. Die zahlreichen Paradoxien innerhalb des Herrschaftssystems dürfen den Forschenden nicht in die Sackgasse von Systemanalogien führen. Die Existenz von Parlament und Staatsbürgerschaftsrechten verleite beispielsweise leicht dazu, das reibungslose Funktionieren von Institutionen und Rechtsnormen vorauszusetzen und Abweichungen als Defizite wahrzunehmen. Haslinger hielt dazu an, stattdessen den Blick für die enorme Vielfalt nebeneinander existierender politischer Formen offen zu halten. Der von Jana Osterkamp vorgeschlagene Weg, die vermeintlich radiale und kooperationshemmende Struktur des Reiches zu hinterfragen und nach kooperativen Maßnahmen auf anderen Ebenen zu suchen, biete großes Erklärungspotential jenseits der üblichen polaren und dichotomistischen Deutungsweisen.

Die in Zusammenarbeit mit dem Prager Masaryk Institut (Masarykův ústav a Archiv AV ČR) organisierte Tagung machte deutlich, dass das Funktionieren des Reiches häufig von der Kooperation mit Interessensgruppen abhing. Formale Kooperationsverbote wurden über Schlüsselpersonen in Doppelfunktionen ausgehebelt, die unterschiedliche Interessen zu vermitteln wussten. Es zeigten sich aber auch die nicht intendierten Folgen kooperativer Maßnahmen, die stabilisierend wie destabilisierend wirken konnten. Der Zugang über den Kooperationsbegriff kann als Schritt zur Versöhnung der „unkomfortablen Nachbarn“ – Spezialstudien und Masternarrative – verstanden werden. Vorerst unbeantwortet blieb jedoch die Frage, welche Aspekte der Kooperation spezifisch imperial beziehungsweise spezifisch für das Habsburgerreich gewesen sind – Fragen, die es in Kooperation mit Historikern anderer Imperien zu bearbeiten gilt.